



Behördliche Schriftstücke sollten im besten Fall verständlich sein. Doch das Vereinfachen von Behördensprache scheint schwieriger als gedacht.

FOTOS: PILICK/EISENKRÄTZER(2)

Einfacher ist gar nicht so einfach

Das Land will, dass Behörden verständlicher kommunizieren – Doch eine Umsetzung lässt weiter auf sich warten

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL

KIEL. Klartext hatte Schleswig-Holsteins Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni vor knapp einem Jahr gefordert: Schleswig-Holstein solle Vorreiter für eine verständliche Behördensprache werden. Der Potsdamer Sprachexperte Lothar Wiegand bezeichnete kompliziertes Amtsdeutsch damals als „letzte Bastion des Obrigkeitsstaates“, die dringend zu stürmen sei, und die SPD-Landtagsfraktion brachte sogar einen Antrag auf den Weg, um die Landesregierung zu einer umfassenden Reform zu bewegen. Daraufhin hatte sich der Sozialausschuss von Fachleuten jeglicher Richtung Expertisen eingeholt. Was seitdem passiert ist? Nicht viel. Über den Antrag wurde noch immer nicht entschieden.

Derzeit arbeiten Studierende der Verwaltungsfachhochschule Altenholz in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei an einem Leitfaden, der direkt in die Ausbildung künftiger Behördenmitarbeiter einfließen soll. Aus Sicht des Sprachexperten Wiegand ist diese Maßnahme bei aller Wertschätzung für akademisches Arbeiten „nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein“. Sprachbewusstsein künftiger Mitarbeiter zu trainieren, halte er zwar für richtig. Kaum aber sei der Nachwuchs im Job, scheitere er an der Pra-

xis altgedienter Kollegen. „Man kann weiße Salbe schmieren und Auszubildende schulen. Man kann das Thema aber auch richtig einstelen und das Rad von oben drehen. Nur muss man sich das trauen.“

Wie es funktionieren kann, beweist Schleswig-Flensburg. 2013 hatte der Kreistag der Verwaltung mehr Bürgerfreundlichkeit verordnet. Man engagierte das Schleswiger Büro für barrierefreie Informationen Capito als Qualitätspartner, schulte Mitarbeiter zu zertifizierten Übersetzern und ließ deren Wissen über verständliche Formulierungen in den Behördenalltag einsickern: im Jugendamt etwa, bei der Eingliederungshilfe, im Gesundheits-, auch im Rechtsamt. Seitdem

formuliert die Kreisverwaltung möglichst auf sogenanntem Sprachniveau B1, also in einfacher Standardsprache auf unterem mittleren Niveau – schriftlich, aber auch im direkten Kontakt mit dem Bürger. „Damit haben wir nur gute Erfahrungen gemacht“, sagt Kreis-sprecherin Martina Potzta. „Wer verständlich spricht, schürt keine Ängste und erzeugt weniger Nachfragen. Wir finden, das hat Vorbildcharakter.“ Zum Herbst 2020 werde der Internetauftritt entsprechend überarbeitet.

Die Schleswiger SPD-Landtagsabgeordnete Birte Pauls kündigt an, dass sie das Thema in diesen Wochen erneut im Sozialausschuss zur Sprache bringen werde. Eine Entscheidung sei überfällig. Der Landtag und die Ministerien mit ihren nachgeordneten Behörden hätten Vorbildfunktion. „Deshalb ist

es nötig, in den jeweiligen Häusern Sprachbeauftragte einzusetzen und das Projekt grundlegend anzupacken.“ Pauls äußert über den Zeitverzug ihr Unverständnis. „Warum greift Jamaika dieses wichtige The-

Grünen-Abgeordnete Marret Bohn fordert, dass Bürger ihre Rechte und Ansprüche verstehen müssen und aus welchen Gründen Ämter und Behörden Entscheidungen treffen. „Dieses Ziel teilen wir ohne Wenn



NACHGEHAKT



„Überall, wo wir über unser Anliegen sprechen, stoßen wir auf breite Zustimmung.“

Birte Pauls,
SPD-Landtagsabgeordnete



„Rechtssicherheit zu wahren und trotzdem verständlich zu sein, ist keine leichte Aufgabe.“

Dennys Bornhöft,
FDP-Landtagsabgeordneter



In den KN vom 4. Februar 2019 rief Samiah El Samadoni zur Reform der Amtssprache auf.

ma nicht auf? Überall, wo wir über unser Anliegen sprechen, stoßen wir auf breite Zustimmung.“ Sie habe mittlerweile den Eindruck, dass die Regierungskoalition das Thema mit spitzen Fingern anfasst, weil es von der Opposition kommt.

Das weisen Vertreter von CDU, Grünen und FDP weit von sich. Das Thema sei nicht trivial, auch habe der Sozialausschuss 2019 ein anspruchsvolles Pensum absolviert. „Ich habe kürzlich zu Hause ins Amtsblatt geschaut und manche Richtlinie darin auch nicht verstanden“, räumt der Sozialausschussvorsitzende Werner Kalinka (CDU) aber ein. Wie einfach muss rechtssichere Sprache sein? „Darauf müssen wir Antworten finden.“ Die

und Aber.“ FDP-Mann Dennys Bornhöft stellt allerdings fest, dass eine sofortige Änderung von Formularen und Bescheiden nicht einfach realisierbar sei. „Rechtssicherheit zu wahren und trotzdem einfach und verständlich zu sein, ist keine leichte Aufgabe. Das zu leugnen ist unseriös.“

Jahreswechsel seien Zeiten der guten Vorsätze, sagt El Samadoni. „Ich wünsche mir, dass Landesregierung und Gesetzgeber endlich Schwung in die Sache bringen.“ Einzelne Akteure wie das Landesamt für soziale Dienste und das Kieler Rathaus hätten den Ball aufgenommen. „Aber um in unseren Verwaltungen wirklich etwas zu bewegen, brauchen wir einen Impuls von ganz oben.“

Warnstreik: Busse in vielen Städten fallen aus

KIEL. Im öffentlichen Busverkehr in Schleswig-Holstein sind heute wegen des ganztägigen Warnstreiks Behinderungen zu erwarten. Nach Angaben der Gewerkschaft Verdi sollen die Busse in den Städten Kiel, Neumünster, Flensburg und Lübeck betroffen sein. Verdi will mit der Aktion im festgefahrenen Tarifkonflikt der Branche den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen.

Das hat auch Konsequenzen für die Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs. „Wir gehen davon aus, dass der Betrieb weitgehend eingestellt wird“, erklärt Verdi-Nord-Sprecher Frank Schischefsky. Die Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) rechnet damit, dass in Kiel heute von Dienstbeginn bis Dienstschluss kein Bus durch die Landeshauptstadt fahren wird. Auch die Nachtlinien seien betroffen. Ebenso erwarten die Stadtwerke Neumünster (SWN), dass der komplette Stadtverkehr von Betriebsbeginn bis Betriebsende am Dienstag ausfallen wird. Auf der SWN-Webseite soll über aktuelle Entwicklungen informiert werden. Einen Ersatzverkehr wird es weder in Kiel noch in Neumünster geben.

Die Buslinien der Autokraft – das sind im Kieler Raum die 500er und 900er Linien – und der Verkehrsbetriebe Kreis Plön sind laut SWN und KVG nicht vom Streik betroffen.

MKS 180: Kieler Werft geht leer aus

BERLIN/KIEL. Das neue Marine-Kampfschiff „MKS 180“ soll unter niederländischer Federführung bei Blohm und Voss in Hamburg gebaut werden. Aus der Ausschreibung sei die Werft Damen Shipyards Group als Sieger hervorgegangen, teilte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter Tauber, den Obleuten des Verteidigungsausschusses des Bundestages mit. Um den Auftrag für das Milliardenprojekt hatte sich auch German Naval Yards in Kiel mit Thyssenkrupp Marine Systems als Subunternehmer beworben. Bei der Vergabe wurde die Kieler Werft nun allerdings nicht berücksichtigt.

FÜR SIE
AM LESERTELEFON

MARTINA
NEUBERT
0431/903 2905



„Er war sehr darauf bedacht, alles richtig zu machen“

Ein Feuerwehrmann soll im Kreis Herzogtum Lauenburg mehr als zehn Brände gelegt haben – Vor Gericht schweigt der 51-Jährige bislang

LÜBECK. In der Freiwilligen Feuerwehr seiner Wohngemeinde Sierksrade im Kreis Herzogtum Lauenburg galt der 51-Jährige als gut ausgebildeter und zuverlässiger Feuerwehrmann. Dann kam es zum Streit mit der Wehrführung, und unmittelbar danach begann im Kreis eine ganze Serie von Brandstiftungen, bei denen Schaden in Millionenhöhe entstand. Seit gestern muss sich der 51-Jährige we-

gen Brandstiftung und Fahrens unter Alkoholeinfluss vor dem Landgericht Lübeck verantworten. Der Angeklagte schweigt zu den Vorwürfen.

Löste ein Streit eine Serie von Brandstiftungen aus?

Auch zu seinen persönlichen Verhältnissen wolle er zunächst nichts sagen, erklärte sein Verteidiger Arne Timmermann gestern. Der Angeklagte

sei im Mai 2017 nach einem Umzug zur Freiwilligen Feuerwehr Sierksrade gekommen, sagte deren Wehrführer gestern aus. „Er war sehr darauf bedacht, alles richtig zu machen. Ich hatte den Eindruck, er suchte immer nach Bestätigung“, sagte der Zeuge.

Im November 2018 kam es nach Aussage des Zeugen zu einem Streit im Feuerwehrgerätehaus. Weil sie kurz vor einem Alarm Bier getrunken

hatten, durften mehrere Feuerwehrleute nicht mit zu einem Großeinsatz ausrücken, darunter auch der Angeklagte. „Das wäre sein erster richtiger Löschereinsatz gewesen“, sagte der Zeuge auf Frage eines Gutachters.

Wenige Stunden später ging im gut sieben Kilometer entfernten Duvensee ein Stallgebäude in Flammen auf. „Mehrere

Pferde konnten von Nachbarn noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden“, sagte der 70 Jahre alte Hofbesitzer im Zeugenstand.

In den folgenden Monaten brannten im weiteren Umkreis immer wieder Strohlager, Schuppen und Stallungen. Menschen wurden nicht verletzt.

Doch in einem Stall in Mühlensrade verendeten 30 Rinder. Bei

anderen Bränden, die dem Angeklagten zur Last gelegt werden, wurden landwirtschaftliche Fahrzeuge und Vorräte zerstört. Nach einem Brand in einer Scheune in Kühsen am 26. Juni 2019 war der 51-Jährige schließlich unter dringendem Tatverdacht festgenommen worden. Er sitzt seither in Untersuchungshaft.

Zu dem Prozess hat das Gericht insgesamt 47 Zeugen und drei Sachverständige geladen.



VOR
GERICHT